

Hartz-IV-Reform: SPD fordert bessere Teilhabe von Kindern

- Von Gabriele Hiller-Ohm -

Was braucht ein Mensch in unserem Staat zum Leben? Wie kann die Teilhabe von Kindern an Bildung sichergestellt werden? Diese Fragen müssen von der Politik bis spätestens zum 1. Januar 2011 beantwortet werden. Grund hierfür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010. Es fordert Bundesregierung und Parlament auf, ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten, das auch Teilhabe an Bildung und Kultur einschließt.

Die Bundesregierung hat endlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Vorgaben der Verfassungsrichter umgesetzt werden sollen. Wertvolle Zeit wurde seit Februar von Ministerin von der Leyen vertan. Jetzt soll das Gesetz im Schweinsgalopp durch das parlamentarische Verfah-



In Lübeck wird mit einem öffentlich-privaten Bildungsfonds unbürokratisch und effektiv Hilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien ermöglicht. Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Jan Lindenau, Vors. des Jugendhilfeausschusses, Ralf Stegner, MdL, Wolfgang Baasch, MdL und Meck-Poms Familienministerin Manuela Schwesig besuchten gemeinsam die Lübecker Kita Dreifaltigkeit

ren gepeitscht und parallel dazu eine Verständigung mit den Ländern erreicht werden. Da das Urteil erstmalig Kindern im Sozialleistungsbezug ein individuelles Recht auf Teilhabe an Bildung einräumt, müssen die Länder mit ins Boot.

Gern hätte die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr „Fünf-Euro-Gesetz“ ohne die SPD durchgezogen. Seit der Wahl in NRW und den neuen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat braucht das Gesetz aber die Zustimmung der SPD. Wir fordern ein verfassungskonformes Gesetz. Das liegt zur Zeit jedoch nicht auf dem Tisch. Als Vergleichsgruppe für die Bestimmung des Existenzminimums für Sozialhilfebezieher hat die Bundesre-

gierung die unteren 15 Prozent der einkommensschwachen Haushalte in Deutschland gewählt. Menschen mit aufstockenden Sozialleistungen und arme Menschen, die aus Scham keine Unterstützung des Staates in Anspruch nehmen, werden mit hinzugezogen. Durch diese Rechenmethode wird der Regelsatz

Willkürliche Rechenmethode?

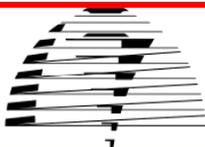
für Hartz IV künstlich niedrig gehalten. Das entspricht nicht dem Verfassungsgerichtsurteil. Problematisch ist auch die Bewertung von Verbrauchspositionen, die die Bundesregierung Langzeitarbeitslosen nicht gewähren will. Grundlage für die Berech-

nungen des Regelsatzes ist das Ausgabeverhalten von Einpersonenhaushalten, das in einer großen Stichprobe über Monate alle fünf Jahre erfasst wird. Die Karlsruher Richter haben geurteilt, dass es keine willkürlichen Setzungen von Verbrauchspositionen bei den Regelsätzen geben darf. Auch in diesem Punkt widerspricht der Gesetzentwurf dem Urteilsspruch. Ausgaben für Alkohol, Tabak, Schnittblumen und chemische Reinigung wurden kurzerhand gestrichen und der Regelsatz damit um über 20 Euro auch für abstinent lebende Leistungsbezieher im Monat auf 364 Euro kleingerechnet. Noch schlimmer: Kinder sollen keinen einzigen Cent

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Die größten Flops von Schwarz-Gelb Seite 3
- Fehmarnbeltquerung auf dem Prüfstand Seite 4
- Unsere Position zu CCS Seite 5
- Ortstermine zur Gesundheitspolitik Seite 6
- Mut zur Freiwilligkeit Seite 7
- Interview mit Hans-Peter Bartels Seite 8
- Ganztagschule für alle Seite 9



Fortsetzung von Seite 1:

mehr an Regelleistung bekommen. Auch hier ist fraglich, ob bei der Berechnung von eigenständigen Kinderregelsätzen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen wurde.

Bei aller Zeitnot und Schlampigkeit seitens der Regierung wird sich die SPD Verhandlungen nicht verschließen. Denn das Urteil der Karlsruher Richter bietet zum erstmals die Chance, in Deutschland gemeinsam mit Ländern und Kommunen die Teilhabe von Kindern an Bildung und gesunder Entwicklung gerechter zu gestalten. Bisher lag die Verantwortung für Bildung allein bei den Ländern. Trotz großer Anstrengungen seitens der SPD war es schwer, bessere Strukturen in den Ländern vom Bund aus durchzusetzen. Wir haben trotzdem den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab eins durchgesetzt und den Kita-Aufbau mit vier Mrd. Euro gefördert. Mit dem Vier-Milliarden-Euro-Programm für den Ausbau von Ganztagschulen und dem 13 Mrd. Euro schweren Konjunkturprogramm für Länder und Kommunen, von dem zwei Drittel in Kitas und Schulen fließen, haben wir ganz wichtige Schritte getan.

Wie die Bundesregierung jetzt jedoch in nur wenigen Wochen sicherstellen will, dass alle Hartz-IV-Kinder gerechte Bildungschancen in Deutschland erhalten, steht in den Sternen. Die von der Ministerin vorgeschlagenen Gutscheine und Chipkarten im Wert von 12,50 Euro pro Monat und Kind können keine gerechte und diskriminierungsfreie Lösung sein.

Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Schwächsten

Am 28. Oktober hat Schwarz-Gelb im Bundestag mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 ihr sogenanntes Sparpaket beschlossen – der in Zahlen gegossene Beweis dafür, dass diese Koalition der sozialen Kälte eine Haushaltskonsolidierung einseitig auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft vollzieht, anstatt die Unternehmen und Besserverdienenden angemessen an den Folgekosten der Krise zu beteiligen.

Über 32 Mrd. Euro - und damit fast 50 Prozent aller Kürzungen - treffen bis 2014 allein die Ausgaben des Arbeits- und Sozialministeriums. Ein sozialer Kahlschlag, der vor allem die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch kürzt, so dass bundesweit künftig in den JobCentern kaum Mittel für wichtige Maßnahmen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen werden.

Getreu dem Motto „Fordern Ja, Fördern Nein!“ trifft dieser Kahlschlag vorrangig Alleinerziehende, jüngere wie ältere Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap und Migranten. Das ist kein „Sparen“, wenn man Langzeitarbeitslosen die Chance auf Weiterbildung und Umschulung nimmt und dafür sorgt, dass sie langfristig auf Hilfsarbeiten und Dumpinglöhne angewiesen sind, zumal die Forderung nach Mindestlöhnen weiter ignoriert und blockiert wird.

Unter dem harmlos klingenden Stichwort „Umwandlung von Pflicht- in Ermensleistungen“ sollen in nächsten Jahr bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik zwei Mrd. Euro gekürzt werden und innerhalb der nächsten vier Jahre sogar 16 Mrd. Euro. Ausgerechnet Familien mit ihren Kindern im ALG-II-Bezug streicht Schwarz-Gelb das Elterngeld komplett und nimmt damit den Eltern und ihren Neugebo-

renen im wichtigen ersten Lebensjahr 3.600 Euro. Zusätzlich wird pünktlich zum Winter der Heizkostenzuschuss gestrichen. Das trifft bundesweit 800.000 Haushalte mit durchschnittlich 800 Euro Monatseinkommen. Auch das trifft besonders viele Alleinerziehende mit ihren Kindern, die zu 40 Prozent auf ALG II angewiesen sind. Das ist soziale Kälte pur!



Bettina Hagedorn, MdB

Der Kahlschlag führt auch regional zu „sozialen Schief-lagen“: Schleswig-Holstein verliert durch die Kürzungen von 2011 bis 2014 insgesamt ca. 850 Mio. Euro, davon über 500 Mio. Euro binnen vier Jahren allein durch die oben beschriebenen Maßnahmen! Das sorgt im Jahresdurchschnitt in Schleswig-Holstein für ein Minus von 44,14 Euro je Einwohner. In Mecklenburg-Vorpommern ist es mit 82,28 Euro fast das Doppelte, im reichen Bayern kommt mit minus

21,88 Euro je Einwohner nur halb so viel schwarz-gelbe „Kürzung“ an.

Diese soziale „Schlagseite“ gilt auch innerhalb unseres Landes: Den sozialen Rotstift des Bundes spürt am wenigsten die Boom-Region Stormarn (minus 24,25 €/EW), die im Hamburger Rand mit vier Prozent Arbeitslosenquote fast Vollbeschäftigung hat, während die strukturschwachen Flächenkreise deutlich stärker getroffen werden. Am schlimmsten trifft es Lübeck, Kiel, Neumünster und Flensburg (jeweils deutlich über minus 75 €/EW) und damit Brennpunkte, in denen soziale Integration notwendig ist. Das beweist: Schwarz-Gelb hat auch in der Regionalpolitik jeden Kompass für Gerechtigkeit und Solidarität verloren und gefährdet leichtfertig das Ziel, überall in Deutschland vergleichbare Lebensbedingungen durch gezielte Strukturhilfen des Staates anzustreben.

Als „Sahnehäubchen“ werden die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose sowie die Erstattung „einigungsbedingter Leistungen“ an die Rentenversicherung komplett gestrichen, wodurch der Rentenkasse pro Jahr 2,1 Mrd. fehlen werden. Folge: Bis 2014 entsteht in der Rücklage der Rentenversicherungen ein Loch von 8,4 Mrd. Euro. Das spart nichts, sondern verschiebt Lasten in die Zukunft und sorgt absehbar – nach der nächsten Bundestagswahl! - für höhere Beitragssätze zu Lasten der Arbeitnehmer, denen doch „Mehr Netto vom Brutto“ versprochen worden war...

Bettina Hagedorn

Ein Jahr Schwarz-Gelb - die größten Flops der Bundesregierung

Ein Jahr wurschtelt die sogenannte bürgerliche Wunschkoalition schon vor sich hin und versucht Deutschland zu reagieren. Ein Jahr, das von Kakophonie zwischen Union und FDP, gebrochenen Versprechen, handwerklich schlecht vorbereiteten Gesetzesvorlagen und unsozialen Beschlüssen geprägt war. Hier schreiben die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten, welche zwei Flops der Bundesregierung sie am meisten aufregten:

Hans-Peter Bartels:

► Erst Steuern senken für Hoteliers und Großerben – um dann mit dramatischer Geste die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen beim Sozialen zu beschwören, das ist die Umverteilungspolitik von Schwarz-Gelb.

► Bei der Bundeswehrreform geht es drunter und drüber: erst der Haushalt, dann der Umfang, dann die Entscheidung über die Wehrpflicht, dann die Struktur – und am Ende werden die „passenden“ Aufgaben für die - nach Kassenlage - geschrumpfte Bundeswehr gefunden. Von Sicherheitspolitik und europäischer Arbeitsteilung ist da keine Rede mehr.

Bettina Hagedorn:

► Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erhalten Energiemultis die Lizenz zum Gelddrucken, die Atommüllberge wachsen und erneuerbare Energien bleiben auf der Strecke. Der fest vereinbarte Atomausstieg wird „verdealt“. Auch die seit über drei Jahren stillgelegten Skandalreaktoren Brunsbüttel und Krümmel kriegen weitere Betriebsjahre.

► Kahlschlag bei der Städtebauförderung und bei der „Sozialen Stadt“: Damit kürzt Schwarz-Gelb nicht nur auf dem Rücken der Kommunen, sondern stoppt Investitionen, auf die Bau-

gewerbe und Handwerk dringend angewiesen sind. Rotstift bei der Förderung der CO2-Gebäudesanierung – und gleichzeitig sollen die Kosten für energetische Sanierung auf die Mieter abgewälzt werden können.

Gabriele Hiller-Ohm:

► Kahlschlag im Sozialbereich: Zwei Milliarden weniger in 2011 für die Arbeitsförderung! Ministerin von der Leyen verbaut Arbeitsuchenden so den Wiedereinstieg in Arbeit. Gleichzeitig verhindert sie eine verfassungsgemäße Hartz-IV-Reform. Fielmann-Mentalität bei Kinderregelsätzen: Kein Cent dazu bezahlt!

► CDU, CSU und FDP haben den Hotelbesitzern ein Milliarden-Geschenk gemacht und eine vernünftige Umsatzsteuerreform verhindert. Sinkende Hotelpreise: Fehlanzeige!

Sönke Rix:

► Die völlig überflüssige Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes, die nun ohnehin ausgesetzt wird.

► Das Festhalten am unsinnigen und kontraproduktiven Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

Ernst Dieter Rossmann:

► Eine Milliarde Euro hatte Frau Schavan den 16.400 Grundschulen in Deutschland angekündigt, um leistungsschwache Kinder und

Jugendliche individuell zu fördern. Nur schade, dass sie vergessen hatte, erstens ihre Haushälter und die Bundeskanzlerin zu fragen und zweitens, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz dem Bund diese Förderung der Schulen leider nicht mehr erlaubt.

► 160.000 Studierende sollten nach den Ankündigungen von Frau Schavan in dieser Legislaturperiode ein neues Stipendium erhalten. Nur war das Programm leider schlecht gemacht, falsch finanziert und sozial ungerecht. Die Folge: Für 2011 hat Schavan aus den 160.000 Stipendien schnell 10.000 gemacht. „Tetsche mit Utsichten“, sagt man hierzu an der Küste.

Franz Thönnies:

► Noch nie ist ein Außenminister so gleichgültig mit präventiver Friedenspolitik umgegangen. Die Kürzungspläne für den Haushalt sehen für Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland, Afrika-Hilfe, Krisenprävention, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie bei Demokratisierungshilfe und Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte Kürzungen zwischen 20 und 50 Prozent vor.

► Die Regierung hat es innerhalb eines Jahres geschafft, den internationalen Einfluss Deutschlands erheblich zu reduzieren. Politische Initiativen von Gewicht im Nahen Osten, Afghanistan oder Pakistan sucht man vergeblich. Beim Euro-Rettungspaket wurde deutlich, wie wenig unser Rat gefragt ist. Erst war man getrieben, dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

- Termine -

01.11.2010, 19 Uhr, Plön:

Der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Peter Bartels** lädt ein zur Diskussionsveranstaltung zum Thema „Was bleibt von der Bundeswehr?“ in der Gaststätte „Zum Prinzen“, Markt 14. Zweiter Referent des Abends ist **Sönke Rix**, der über die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht auf den Bereich Zivildienst berichten wird. Interessierte sind herzlich willkommen.

01.11.2010, 19 Uhr, Norderstedt:

Der Kreis Segeberger SPD-Bundestagsabgeordnete **Franz Thönnies** lädt ein zur Veranstaltung der Diskussionsreihe „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“. Thema an diesem Abend ist die „Kultur der Arbeit“, Referent ist der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Olaf Scholz**. Die Veranstaltung findet statt im Restaurant Lindenhof, Ulzburger Straße 94.

03.12.2010, 20 Uhr, Pinneberg:

Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete **Ernst Dieter Rossmann** lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Energiewende statt Atomkraft - Chancen und Herausforderungen zukünftiger Energiepolitik“. Referent ist der stv. SPD-Fraktionsvorsitzende **Ulrich Kelber**. Die Veranstaltung findet statt im Hotel Cap Polonio, Fahlskamp 48. Infos unter 04101/200639, Anmeldung unter ernst-dieter.rossmann@bundestag.de.



Kritik an Finanzierung der Hinterlandanbindung

Nur wenige Wochen nachdem die SPD am 11. September auf ihrem Landesparteitag in Kiel einen Beschluss zur kritischen Überprüfung der Festen Fehmarnbeltquerung fasste, hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages am 1. Oktober die wachsenden Bedenken in einem eigenen Beschluss bekräftigt. Auf meine Initiative als Hauptberichterstatlerin für Verkehr in diesem Gremium haben die Mitglieder von SPD, CDU und FDP (bei Enthaltung der Grünen und Ablehnung der Linken!) den äußerst kritischen Bericht des Bundesrechnungshofs vom April 2009 zur Finanzierung der Hinterlandanbindung ausdrücklich zustimmend zur Kenntnis genommen und das Verkehrsministerium zu einer Risikobewertung und Vorlage eines detaillierten Projektablaufplans der Hinterlandanbindung bis Ende 2011 verpflichtet. Darüber hinaus muss das Ministerium dem Ausschuss nach Abschluss des Raumordnungs- (2012) und des Planfeststellungsverfahrens



Ortstermin auf den Schienen in Großbrode: Bettina Hagedorn (Mitte) und Jutta Plambeck von der DB AG mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine alternative Trassenführung einsetzen

(2014/2015) je einen weiteren Bericht über die dann aktuellen Kosten und Risiken vorlegen.

Steigende Baukosten, die dramatische Unterfinanzierung des Verkehrswegeplans, massive Anwohnerproteste und sinkende Ver-

kehrsprognosen sowie eine wachsende Skepsis gegenüber Großprojekten mit mangelnder Transparenz haben offensichtlich die Zweifel selbst bei jenen Abgeordneten der jetzigen Regierung geweckt, die dem Staatsvertrag im Bun-

destag 2009 kritiklos zustimmten. Erst im Juni hatte das Verkehrsministerium die zuvor prognostizierten Güterzugzahlen von 149 auf 54 bis 78 Züge pro Tag halbiert und eingeräumt, bis 2018 statt der ursprünglich veranschlagten 300 Mio. Euro für den ersten Bauabschnitt jetzt exakt die doppelte Summe zu benötigen. Fakt ist, dass bisher kein einziger Cent für die Hinterlandanbindung im Bundeshaushalt und Finanzplan vorgesehen und gegenfinanziert ist.

Mit dem Beschluss vom 1. Oktober 2010 müssen Ministerium und Bahn künftig dem Rechnungsprüfungsausschuss ihre Zahlen auf den Tisch legen, die stets vom Bundesrechnungshof kritisch überprüft und bewertet werden. Als unabhängigen „Wächter“ des Steuerzahlers können sich die Abgeordneten keinen seriöseren und objektiveren Partner in der Begleitung des Planungsverfahrens und einer kontinuierlichen Kosten-Nutzen-Transparenz wünschen!

Bettina Hagedorn

Mehr Schutz fürs Meer: weniger Abwässer in die Ostsee

„Die Beharrlichkeit der Parlamentarier und der Umweltorganisationen hat sich gelohnt“, freut sich Franz Thönnies. Der SPD-Bundestagsabgeordnete begrüßt das von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation – IMO) in London beschlossene Verbot, ungeklärte Abwässer von Kreuzfahrtschiffen in die Ostsee einzuleiten.

Als Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz ver-

weist Franz Thönnies auf die entsprechenden Beschlüsse der Konferenz in den vergangenen Jahren, die gerade noch einmal beim 19. Jahrestreffen im August 2010 in Mariehamn/Åland-Inseln bekräftigt wurden.

Das 2013 für Schiffsneubauten in Kraft tretende Verbot gilt ab 2018 dann für alle Passagierschiffe auf der Ostsee, wenn geeignete Entsorgungsanlagen in den Häfen verfügbar sind. „Die Regelung wird erheblich zum Schutz der Ostsee beitragen“, so Thönnies.

Bei jährlich 80 Mio. Passagieren, die auf Kreuzfahrtschiffen über die Ostsee schippeln, werden durch WC-Spülungen und Schmutzwasser ca. 340 Tonnen Stickstoff und 112 Tonnen Phosphor in eines der am meisten belasteten Meere der Welt eingeleitet. Algentepiche und Gebiete am Meeresboden, auf denen kein Leben mehr herrscht, sind die Folge.

„Dass die IMO jetzt erstmals Grenzwerte für Nitrat- und Phosphoreinleitungen aus Schiffskläranlagen fest-

gelegt hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung“, urteilt der Experte für Ostseepolitik Franz Thönnies.



Franz Thönnies, MdB

Ausbau der S4 sorgt für Entlastung

Unterstützung bei ihrem Einsatz für den Bau der S-Bahn-Strecke S 4 von Hamburg nach Ahrensburg und Bargteheide bekamen die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten bei einem Gespräch mit dem Vorstand der Deutsche Bahn AG. „Die Entlastung des Hamburger Bahnhofs ist ein echtes Anliegen“, betonte Bahnchef Rüdiger Grube. Die Konzernbevollmächtigte der DB AG für

Schleswig-Holstein und Hamburg, Ute Plambeck, erläuterte: „Die S 4 ist die einzige Möglichkeit, wie man Luft in den überlasteten Hamburger Bahnhof bekommt.“

Damit ist die Einschätzung des Bundesverkehrsministeriums widerlegt, das den Bau der S-Bahnstrecke mit Verweis auf das Gutachten „Schienenknoten Hamburg“ für nicht erforderlich hält. Bundesminister Ramsauer

erwägt, das Projekt aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu streichen. „Der Bund will sich aus der Verantwortung – oder konkret: aus der Pflicht zur Mitfinanzierung – stellen. In demselben Gutachten steht nämlich auch, dass der Bau der S 4 zu 60 Prozent dem Schienengüter- und Personenfernverkehr nutzen wird und somit kein reines Nahverkehrsprojekt ist, wie das Ministerium suggeriert“, sagt Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein. „Wir fordern den Bund auf, sich den Initiativen der Parlamente von Schleswig-Holstein und Hamburg zum Bau der Gleise für die S 4 nicht zu verschließen.“

Weitere Themen des Gesprächs mit dem Bahn-Vorstand waren u.a. die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung und die Auswirkungen einer EU-Verordnung, die dem Güterverkehr Vorrang vor Personenverkehr einräumt. (nb)



Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG Rüdiger Grube hoch über den Dächern Berlins im Bahntower

Landesgruppe kritisiert CCS-Gesetzentwurf

Vollmundig hatte Minister Röttgen bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs im Juli verkündet, dass es CCS-Anlagen nicht gegen den Willen von Bundesländern geben soll. Jetzt hat sich herausgestellt, dass er den Mund zu voll genommen hat.

Denn es fehlt ein glasklar formuliertes Vetorecht für Landesregierungen, das eine Verhinderung von CCS-Anlagen auf schleswig-holsteinischem Boden sicherstellen würde. Wir haben es hier also nicht mit einem CCS-Verhinderungs-

sondern mit einem CCS-Ermöglichungsgesetz zu tun. Der SPD Landesverband Schleswig-Holstein hat im vergangenen Jahr einen eindeutigen Beschluss gefasst: Mit der SPD wird es keine Einspeicherung von CO₂ aus Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein geben! Dazu stehen uneingeschränkt auch die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten und lehnen den vorliegenden CCS-Gesetzentwurf ab.

Wir fragen uns zudem, wie die Bürgerinnen und Bürger

Vertrauen in eine Regierung haben sollen, wenn Deutsche Ministerien Gesetzentwürfe ausarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen, die wichtige Zusagen des verantwortlichen Ministers de facto nicht enthalten. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, diese entscheidende Leerstelle des fehlenden Ländervetorechts im CCS-Gesetz zu korrigieren, weil sie nur damit verloren gegangenes Vertrauen wiederherstellen kann.

Ernst Dieter Rossmann

Finanzierung von Verkehrsprojekten

Nicht nur durch den Bundestag geistert so manches Gerücht, dass Verkehrsminister Ramsauer aufgrund des Sparzwangs Schwierigkeiten bekommen wird, geplante Verkehrsprojekte tatsächlich zu finanzieren. Sehr gespannt war die Landesgruppe daher auf das Gespräch mit Michael Groß, dem Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für den Bundesverkehrswegeplan. „Die Staatssekretäre laufen derzeit noch durchs Land und erzählen, dass alles realisiert wird“, so der Verkehrspolitiker. Wie das allerdings bei Einsparungen im Etat in Milliardenhöhe und gleichzeitig steigender Projektkosten gehen solle, sei bis dato noch nicht schlüssig erklärt worden. Fakt ist jedenfalls, dass das Bundesverkehrsministerium derzeit die Einstufung der Verkehrsprojekte prüft. Grundsätzlich sei aber ein Umdenken in der Verkehrspolitik dringend geboten. Die Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet derzeit ein Konzept, das sich an neuen Kriterien wie Mobilitätsströmen, Nachhaltigkeit und Entlastung von Straßen orientieren und mehr Gestaltungsszenarien berücksichtigen soll. „Untersuchungen haben z.B. ergeben, dass von 1.500 gebauten Ortsumgehungen nur fünf Prozent tatsächlich sinnvoll waren“, sagte Michael Groß.

Die Landesgruppe betonte ausdrücklich, dass sich der Bund an der Finanzierung der in Schleswig-Holstein geplanten Verkehrsprojekte stärker beteiligen müsse, da von den Baumaßnahmen ganz Deutschland profitiere. (nb)



Schiefelage beim Honorarzuwachs

Das Honorar der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten in Deutschland soll 2011 gegen das ausdrückliche Votum der Vertreter der gesetzlichen Krankenkassen erneut um eine Mrd. Euro steigen. Bettina Hagedorn verweist darauf, dass dieses Ärztehonorarplus überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg landet, wo Mediziner ohnehin schon gut verdienen, rund 820 Mio. Euro ‚asymmetrisch‘ auf die Länder verteilt werden sollen. „Die Hausärzte sind außerdem die Verlierer dieser Reform, weil der geltende Verteilungsschlüssel die Fachärzte eindeutig begünstigt. Dies ist erneut knallharte Klientelpolitik von Gesundheitsminister Rösler und den Koalitionsfraktionen“, so Hagedorn.



Elke Ferner ist die stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Gesundheit und Soziales

Ein Tag im Zeichen der Gesundheit

Anfang September war die SPD-Gesundheitspolitikerin Elke Ferner auf Einladung von Franz Thönnies einen Tag lang im Bundestagswahlkreis Segeberg – Stormarn-Nord zu Gast.

Die beiden Abgeordneten besuchten zusammen mit der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Susanne Danhier die Hebammenpraxis in Bargtheide. Vor dem Hintergrund massiv steigender Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen, die Hausgeburten durchführen, informierten sich die Politiker über die aktuelle Situation. „Gerade junge Familien müssen die Wahlfreiheit für die Geburt ihrer Kinder behalten. Hausgeburten dürfen keine Luxusartikel werden“, so Thönnies.

Nach einem kurzen Abstecher in „unserem“ Berlin

trafen beide Parlamentarier und Dieter Schönfeld, Bad Segeberger Bürgermeister, in der Kreisstadt mit Dr. Uwe Denker und Herdis Hagemann (Segeberger Tafel) zusammen. Vor einiger Zeit hat Dr. Denker die „Praxis ohne Grenzen“ ins Leben gerufen. Er behandelt zusammen mit anderen Ärzten unter dem Dach der Segeberger Tafel ehrenamtlich und unbürokratisch mittellose Menschen.

Am Ende des Tages hatten Thönnies und Ferner zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung nach Norderstedt eingeladen. Mit Fachleuten aus der Praxis wurden die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert, die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.

Kritik an schwarz-gelber Gesundheitspolitik

Heide, Meldorf, Tornesch Elmshorn – so lauteten die Stationen der SPD-Gesundheitspolitikerin Carola Reimann, die auf Einladung von Ernst Dieter Rossmann

in den Norden gekommen war. Im Mittelpunkt des Besuchs standen die Krankenhausfinanzierung und der zunehmende Mangel an Ärzten und Pflegekräften.

Im Gespräch mit Vertretern des Westküstenklinikums in Heide fiel das gemeinsame Fazit über die bisherige Gesundheitspolitik von Minister Rösler verheerend aus. Enttäuscht zeigten sich alle davon, dass die guten Ansätze von Ulla Schmidt nicht fortentwickelt würden, sondern wieder zurückgerudert werde. Dies werde höhere finanzielle Belastungen der Kliniken bedeuten. Nach einem Abstecher zu den SPD-Senioren in Meldorf diskutierten die beiden Bundestagsabgeordneten in Tornesch die Zukunft der Pflege, bevor es dann am Abend in den Elmshorner Wasserturm ging. Dort warteten über 50 Menschen, um sich über die aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik und das Modell der Bürgerversicherung zu informieren.

Einnahmeeinbußen für Kliniken in SH

Die Entfernung eines Blinddarms wurde in Schleswig-Holstein im Jahr 2008 mit rund 1.880 Euro vergütet, in Rheinland-Pfalz waren für den gleichen Eingriff 2.080 Euro zu zahlen, also zehn Prozent mehr. Union und FDP wollen jetzt einen Beschluss der Großen Koalition, der eine schrittweise Angleichung der Beträge vorgesehen hatte, rückgängig machen und die Preisunterschiede zwischen den Ländern weiter festschreiben.

„Schleswig-Holsteins Kliniken drohen fest einkalkulierte Mehreinnahmen von 20 Mio. Euro verlorenzugehen. Wir fordern Minister Garg auf, diesen Anschlag auf die Verlässlichkeit für Schleswig-Holsteins Kliniken zu verhindern“, sagt Ernst Dieter Rossmann.



Carola Reimann, Harald Stender (Westküstenklinikum), Ernst Dieter Rossmann und Detlef Buder, MdL

Kommentar

Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit

Seit Monaten sorgt Verteidigungsminister zu Guttenberg für immer neue Irritationen und Verunsicherung. Statt eine Bundeswehrreform aus einem Guss, hat der Verteidigungsminister der Öffentlichkeit immer wieder scheinbar neue Vorschläge präsentiert, ohne sich jedoch eindeutig zu positionieren. Mittlerweile, so scheint es, hat er tatsächlich eine Meinung und orientiert sich an den Beschlüssen der SPD zum freiwilligen Wehrdienst.

Die SPD hat bereits auf dem Hamburger Parteitag 2007 beschlossen, einen freiwilligen Wehrdienst einzuführen. Eine Freiwilligenarmee, mit Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig Wehrdienstleistenden hätte gegenüber einer reinen Berufsarmee vor allem einen wichtigen Vorzug: die Möglichkeit, den Nachwuchs für die Bundeswehr aus der Mitte der Gesellschaft auswählen zu können.

Für junge Menschen, die der Bundeswehr gegenüberstehen, bietet der freiwillige Wehrdienst eine Zeit des

Prüfens und Abwägens, ob es sich lohnt, auf Dauer in die Bundeswehr einzutreten. Die Bundeswehr öffnet damit eine Tür für alle, die sich nicht von vornherein und dauerhaft für den Beruf des Soldaten entscheiden wollen oder können.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wird der Zivildienst als Ersatzdienst wegfallen. Die Mittel aus dem bisherigen Zivildiensthaushalt wollen wir für die Jugendfreiwilligendienste einsetzen und diese massiv ausbauen. Seit Jahren übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die

Zahl der Plätze um das Doppelte. Es ist jetzt unsere Aufgabe, die anstehenden Veränderungen als Chance zu einer Offensive für mehr Freiwilligkeit zu nutzen und noch mehr Gelegenheit für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Statt diese Gelegenheit mutig zu nutzen, setzt Familienministerin Schröder mit ihrem Vorschlag für einen freiwilligen Zivildienst auf das falsche Pferd. Er stellt den Grundsatz der Nachrangigkeit von staatlichem gegenüber gesellschaftlichem Engagement in Frage und verabschiedet sich vom Leitbild einer starken Bürgergesellschaft. Außerdem führt er zu teuren und überflüssigen Doppelstrukturen und kann die bestehenden Freiwilligendienste sogar in ihrer Existenz gefährden, denn diese würden mittelfristig zu Diensten zweiter Klasse werden.



Sönke Rix, MdB

Das kann nicht in unserem Interesse sein. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung und für eine Anpassung der Jugendfreiwilligendienste ein. Einen aktuellen Antrag dazu haben wir gerade beschlossen, genau wie ein Positionspapier zu der zukünftigen Gestaltung von Wehr- und Freiwilligendiensten.

Sönke Rix

Grenzüberschreitende sozialdemokratische Solidarität

Die von der Bundes- und der Landesregierung geplanten Kürzungsvorhaben gegenüber den Minderheiten im Norden Schleswig-Holsteins und in Sønderjylland auf dänischer Seite brachten deutsche und dänische Sozialdemokraten aus dem Bundestag, dem Folketing, dem Landtag und den Kommunalparlamenten im September in Padborg zusammen. Mit dabei waren die SPD-MdLs Birte Pauls und Marion Sellier, der Folketingsabgeordnete Benny Engelbrecht und SPD-MdB Franz Thönnnes.

Die Merkel-Regierung will 2011 der deutschen Volksgemeinschaft in Nordschleswig 1,5 Mio. Euro weniger überweisen und auch die schles-



Die Abgeordneten Franz Thönnnes, Marion Sellier, Birte Pauls und Benny Engelbrecht (von links)

wig-holsteinische Landesregierung plant, der dänischen Minderheit die Schulzuschüsse um 4,7 Mio. Euro zu kürzen. Bibliotheks-, Schulschließungen und Entlassungen von Mitarbeitern auf beiden Seiten der Gren-

ze wären die Folgen. „Unverantwortlich gegenüber den Minderheiten und kontraproduktiv für das in Jahrzehnten gut gewachsene Miteinander in der Grenzregion“ sagt Franz Thönnnes. Zusammen wollen

sich jetzt deutsche und dänische Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag und im Folketing dafür einsetzen, dass es zu diesen Beschlüssen nicht kommt.

Sönke Rix und Franz Thönnnes luden zudem Vertreter der beiden Minderheiten zu Gesprächen nach Berlin ein. Die Gäste aus Schleswig-Holstein und Dänemark bemängelten dabei die mangelnde Gesprächsbereitschaft von Landes- und Bundesregierung. Der Haushaltsberichterstatter der SPD für den Bereich Inneres, Peter Danckert, kündigte an, mit seinen Kollegen aus den anderen Parteien über eine bessere finanzielle Ausstattung der Minderheiten zu sprechen.



Interview

„Demokratie vererbt sich nicht!“

Hans-Peter Bartels über Politikverdrossenheit, Streitkultur und Bürgerbeteiligung

► *In den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 und Integration ist immer wieder der Vorwurf zu hören, der Wille der Menschen werde ignoriert. Haben die Politiker den Kontakt zum Volk verloren?*

Bartels: «Das Volk» ist sehr bunt und sehr verschieden. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, wo ganz unterschiedliche Menschen unterschiedliche Meinungen zu den gleichen Themen haben. Soll es höhere oder niedrigere Steuern geben? Wie hoch sollen Hartz-IV-Sätze sein? Wie soll die Integration von Ausländern gefördert werden? Darüber werden Wahlen entschieden.

► *Den «Willen des Volkes» gibt es nicht?*

Bartels: Nicht in dem Sinne „Alle wollen das gleiche“. Es ist für die Demokratie gefährlich, wenn sie als quasi wissenschaftliche Veranstaltung interpretiert wird, wo am Ende nur eine Lösung die «richtige» ist. Demokratie bedeutet nicht „Wahrheitsfindung“, sondern freie Debatte und Mehrheitsentscheidung. Wir haben unterschiedliche Interessen und Weltanschauungen in der Gesellschaft und die müssen sich politisch artikulieren. Deswegen gibt es verschiedene, oft gegensätzliche Positionen bei den unterschiedlichen politischen Parteien. So ist Demokratie gemeint.

► *Viele Leute empfinden die öffentliche Streiterei der Parteien als etwas Negatives.*

Bartels: Ausgerechnet den Streit zwischen Parteien für ein Problem zu halten, ist wirklich ein Problem! Streit

ist nötig, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt! „Parteienstreit“ heißt Meinungsstreit. Und Kompromisse sind übrigens nicht immer faul, sondern oft vernünftig und notwendig. Demokratie lebt davon, dass Entscheidungen auf Zeit getroffen werden. Wenn sich etwas bewährt, bleibt es dabei. Wenn es sich nicht bewährt, kann es wieder geändert werden.



Der Kieler MdB Hans-Peter Bartels ist Sprecher der Arbeitsgruppe Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion

► *Was sagst Du Menschen, die Wut auf «die Politiker» empfinden?*

Bartels: Das Interessante ist, dass die meisten Menschen die Abgeordneten, die sie persönlich kennen, ganz okay finden. Auch die wichtigsten fernsehbekanntesten Minister in Frau Merkels Kabinett kommen auf erstaunlich gute Zustimmungswerte. «Die Politiker» als anonyme Gesamtheit dagegen sind Blitzableiter für alles, was man schwierig und ärgerlich und nicht gut geregelt findet. Wenn man sagt, „die Politiker sind schuld“, wird es schon irgendwie richtig sein. Damit muss leben, wer sich zur Wahl stellt und gewählt wird.

► *Tragen manche Abgeordneten nicht zu einer negativen Wahrnehmung von Politikern bei?*

Bartels: Ja, es gibt ganz bestimmte Aspekte des politischen Betriebs, die nicht gerade helfen, ein gutes Bild der gelebten Demokratie zu vermitteln. Dazu gehören die berühmten «Nebentätigkeiten», die manchmal auch eher Hauptbeschäftigung von Abgeordneten sind. Meine Meinung: Ein Bundestagsmandat ist ein Vollzeitjob, dafür muss man andere Tätigkeiten ruhen lassen. Allerdings – auch das muss man sehen – würde es damit für Freiberufler schwieriger, nach ihrer Zeit als Abgeordneter wieder ihre alte Berufstätigkeit aufzunehmen. Abgeordneter ist ja nur ein „Beruf auf Zeit“, durch Wahl gewonnen, durch Wahl zu verlieren.

► *Wären mehr plebiszitäre Elemente in unserer Demokratie wünschenswert?*

Bartels: Ja. Das kann man machen! Aber man sollte sich davon keine Wunderdinge erwarten. Ich glaube nicht, dass mehr Plebiszite zu größerer Zufriedenheit mit der Demokratie führen. Wir haben ja auf kommunaler und auf Landesebene in den meisten Bundesländern seit Jahrzehnten die Möglichkeit, Volksabstimmungen durchzuführen. Davon wird sehr wenig Gebrauch gemacht.

► *Die Wahlbeteiligung geht zurück, die Mitgliederzahlen der meisten Parteien sinken. Warum verliert die deutsche Demokratie so sehr an Attraktivität?*

Bartels: Man könnte fast sagen: Weil sie aus der

Mode kommt. Es hat Zeiten gegeben, da war es schick, sich gesellschaftlich zu engagieren. Heute fragen sich viele Menschen in erster Linie: Was nützt es mir? Ich würde mir wünschen, dass mehr Leute einmal die Erfahrung machen, wie viel Freude es bereitet, wenn man sich für andere Dinge als nur für sich selbst interessiert. Wenn man mit anderen diskutiert, streitet, im politischen Gespräch zusammen sitzt. Jeder ist von unserem Grundgesetz dazu aufgerufen, die Demokratie mit Leben zu füllen. Und wenn wir im Moment das Gegenteil feststellen, dann ist das ein Alarmsignal. Es ist nicht gut, wenn Menschen glauben, es ginge ohne sie.

► *Was muss geschehen?*

Bartels: Man muss sichtbar machen, wie Demokratie, wie Politik tatsächlich funktioniert. In den Schulen, in den Medien, von mir aus in Kinofilmen, wie dies im angelsächsischen Kino längst Tradition ist. Im politischen Betrieb wäre manches verbesserungsfähig – Stichworte: Streitkultur, politische Sprache, die Inszenierung der Parlamentsarbeit. Und die politische Bildung muss gestärkt werden. Alle Bürger müssen wissen, dass sie Teil eines demokratischen Gemeinwesens sind, das nur gut funktioniert, wenn viele sich daran beteiligen. Die Freiheiten unserer Verfassung sind nur dann sicher, wenn wirklich Gebrauch von ihnen gemacht wird.

Der Text ist eine gekürzte Fassung des Interviews vom 5.10.2010 für das Internetnachrichtenportal news.de.

Rossmann fordert Ganztagschule für alle

Die meisten anderen Länder haben es, die meisten Bildungsforscher fordern es, viele Eltern wünschen es sich – das flächendeckende Angebot der Ganztagschule für alle Kinder. Der SPD-Bildungsexperte und Landesgruppensprecher Dr. Ernst Dieter Rossmann hat deshalb einen großen Plan zur Debatte gestellt. Er fordert einen „Masterplan Ganztagschule 2020“ mit einer Ganztagschule für alle als Regelschule.

Der Ausbau der Ganztagschulen von der Grundschule bis zum Abitur soll nach Rossmann in zwei Fünf-Jahres-Phasen erfolgen. In der ersten Phase von 2011 bis 2015 soll die Anzahl der Ganztagschulen von bundesweit aktuell 12.000 auf 19.000 ausgebaut werden. Bereits mit dem Vier-Milliarden-Ganztagschulprogramm von Gerhard Schröder und Edelgard Bulmahn waren von 2004 bis 2009 mit Bundesmitteln 7.200 Ganztagschulen ausgebaut worden.

Entsprechend setzt Rossmann für die erste Phase des Masterplans vier Milliarden Euro als zusätzlichen Kostenpunkt für den Investitionsbedarf (Gebäude, Mensen etc.) an. Zusätzliche 5,5 Milliarden Euro fallen für Personalkosten an,

ca. vier Milliarden Euro für Erzieher und Sozialpädagogen und 1,5 Milliarden Euro für Lehrpersonal. „Das ist mit einem Durchschnittsaufwand von 350.000 Euro für die gebundene Ganztagschule und 50.000 Euro für die offene Ganztagschule sehr großzügig



SPD-Bildungsexperte Ernst Dieter Rossmann, MdB

gerechnet“, so der Abgeordnete. Rossmann wünscht sich den Masterplan-Ganztagschule als gemeinsames Programm von Bund und Ländern, weil so eine zweckgebundene Verwendung der Mittel sichergestellt werden könne.

Rossmann: „Der Plan ist sehr mutig, das ist mir bewusst! Aber wer es ernst meint mit der Bildungsrepublik der gleichen Chancen für alle Kinder und der guten Bildung an allen Schulen, der darf keine Angst vor mutigen Schritten haben, so wie die SPD in Schleswig-Holstein ja auch die Gemeinschaftsschule durchgeboxt hat.“

Apropos Schleswig-Holstein: Mit 464 Schulen mit Ganztagsangeboten unter allen 847 allgemeinbildenden Schulen weist das Land eine bundesweit überdurchschnittliche Versorgung von ca. 55 Prozent (Bundesdurchschnitt ca. 34 Prozent) auf. Davon sind allerdings nur 35 gebundene Ganztagschulen. Es bleibt also noch viel zu tun.

Die Rolle des Bundes bei Uni-Rettung in SH

Als die Landesregierung im Mai überraschend 2.300 Studienplätze in Lübeck und Flensburg abbauen wollte, hatten die Bildungs- und Forschungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion wiederholt bei der Bundesregierung nachgefragt, was sie zur Verhinderung dieses hochschulpolitischen Amoklaufs zu unternehmen gedenke. Immer wieder wich das Bundesbildungsministerium aus mit der Antwort, dies sei Entscheidung des Landes Schleswig-Holstein, der Bund dürfe sich nicht einmischen.

Unmittelbar vor der Sommerpause des Parlaments kam dann Bundesbildungsministerin Schavan allen Dementis zum Trotz mit ihrem Rettungsplan aus dem Busch: Durch die Übertragung des Kieler Instituts für Meereswissenschaften GEOMAR von der Leibniz- in die Helmholtz-Gemeinschaft wird das Land finanziell entlastet und soll somit die Medizinstudienplätze in Lübeck aufrecht erhalten können.

Da das Verhalten der Bundesregierung gegenüber

der Opposition eine Missachtung des parlamentarischen Fragerechts sowie einen Affront gegenüber dem Deutschen Bundestag darstellt, wird jetzt die SPD-Bundestagsfraktion in einer „Großen Anfrage“ mit ca. 70 Fragen zur Rolle des Bundes bei der Rettung der Universitätslandschaft in Schleswig-Holstein, zur Nachhaltigkeit der Finanzzusagen sowie zu den Folgen für die Struktur der Meeresforschung in Deutschland nachlegen.

Ernst Dieter Rossmann

- Termine -

06.12.2010, 19 Uhr, Trappenkamp:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Franz Thönnies** lädt ein zu einer Veranstaltung der Diskussionsreihe „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“. Am Nikolaustag soll es konkret um die Zukunft der Arbeit gehen. Das Impulsreferat hält der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Hubertus Heil**. Für die Podiumsdiskussion stehen außerdem **Carsten Ludwig** von der Bundesagentur für Arbeit Neumünster und die DGB-Vorsitzende der Region Schleswig-Holstein Süd-Ost, **Melanie Meyer** zur Verfügung.

Die Veranstaltung findet statt in der Werkhalle der Firma Wolfgang Gräber Feinwerktechnik, Celsiusstraße 2. Auskunft erhalten Interessierte im Bürgerbüro von **Franz Thönnies** unter der Nummer 04551/968383, Anmeldungen bitte an franz.thoennes@bundestag.de.

Impressum

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt
Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB



„Wir wollen ein schnelles Ende der Legislaturperiode“



Hans-Peter Bartels, Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Ralf Stegner und Franz Thönnies

Einen zweistündigen Parforce-Ritt durch landes- und bundespolitische Themen absolvierten Anfang dieser Woche die Abgeordneten der Landesgruppe mit SPD-Landesverbands- und Fraktionschef Ralf Stegner. Im Vordergrund stand die Berichterstattung über die Arbeit im Landtag: „Wir setzen uns dafür ein, dass es so schnell wie möglich ein neues Wahlgesetz gibt, das mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet werden sollte“, sagte Stegner.

Das Schulgesetz wolle die Landesregierung trotz fehlender Legitimation offener rigoros durchsetzen. „Wichtig ist, dass die SPD tragfähige Konzepte im Bereich Bildung und Kinderbetreuung erarbeitet. Wir müssen klären, was wir erreichen und wie wir es finanzieren wollen“, so Stegner. Trotz Schuldenbremse dürfe man hier nicht sparen. Bildungsausgaben sollten endlich als Investitionen im Haushalt verbucht werden! (nb)

„Die Kommunen fühlen sich alleingelassen“

„Es passt nicht zusammen, wenn wir uns in der Regierung für Maßnahmen feiern lassen, die auf kommunaler Ebene nicht finanziert werden können“, warnte Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig, der im September in der Landesgruppe zu Gast war. So sei es angesichts des Spardrucks beispielsweise problematisch, die Personalkosten zu finanzieren, die ab dem Jahr 2013 durch den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz entstehen werden.

Die Pläne der Bundesregierung, Kindern aus Hartz-IV-Familien ein kostenloses Mittagessen an Schulen zu ermöglichen, kommentierte Albig: „Es ist in der Praxis sehr schwer, dieses Vorhaben diskriminierungsfrei zu organisieren.“ Ähnliches gelte für die Partizipation an Bildungs- und Vereinsangeboten. Hier müsse man bestehende Strukturen nutzen, aber die Vorstellungen der Bundesarbeitsministerin seien an dieser Stelle noch sehr unkonkret. (nb)



Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm, Torsten Albig, Sönke Rix, Bettina Hagedorn und Franz Thönnies

Unbefristete Vollzeitstellen zu ordentlichen Löhnen!



Olaf Scholz, Franz-Josef Möllenberg und Sönke Rix auf dem Podium der Betriebs- und Personalrätekonferenz

Die Zukunft der Arbeit gemeinsam fair zu gestalten - darum geht es der SPD in ihrem jüngsten Parteitagbeschluss zur Arbeitsmarktpolitik. Den stellte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Olaf Scholz auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion Mitte Oktober in Rendsburg vor.

Anschließend diskutierten die Gäste angeregt über die Lage in den Betrieben und den Erfolg von Mitbestimmung mit den Gesprächs-

partnern auf dem Podium: Olaf Scholz, Franz-Josef Möllenberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und Günther Meisterling, Geschäftsführer der Gesellschaft für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, einem Institut der Schleswig-Holsteinischen Unternehmensverbände.

Ernst Dieter Rossmann appellierte abschließend an die Anwesenden, wieder stärker für ein Thema wie dieses zu „brennen“. (gb)